

## Anlieger müssen nicht mehr für den Straßenausbau zahlen

Stadt schafft die Beiträge ab / Klage gegen die Region ist zurückgezogen / Verwaltung erstellt Prioritätenliste für Sanierungen

Von Tobias Lehmann



Gegen Straßenausbaubeiträge: Anwohner der Straße Grünes Tal in Schulenburg kämpfen gegen die Strabs. Mit Erfolg – nun ist sie in Pattensen offiziell abgeschafft. Foto: Mark Bode (Archiv)

**Pattensen.** Die Straßenausbaubeitragsatzung (Strabs) in Pattensen ist abgeschafft. Die Region hat die Beanstandung des im Januar 2020 getroffenen Ratsbeschlusses zurückgezogen. Damals hatten sich 24 Ratsmitglieder für eine Abschaffung der Strabs ausgesprochen. Dagegen stimmten die drei Ratsmitglieder der Bündnisgrünen. Simone Köpper (SPD), Dirk Meyer (UWJ) und Horst Harry Raese (Freie Wähler) enthielten sich.

Die Region Hannover wies als zuständige Kommunalaufsicht jedoch auf den defizitären Haushalt der Stadt hin und kritisierte, dass keine Gegenfinanzierung geplant war. Die Stadt hatte im Zeitraum von 2010 bis 2020 rund 2,7 Millionen Euro an Anliegerbeiträgen für Straßensanierungen eingenommen, also 270.000 Euro jährlich. Die Kommunalaufsicht nahm die Entscheidung der Stadt deshalb nicht an.

### **Stadt zieht Klage zurück**

Im Juni 2021 beschloss der Rat mit 23 zu drei Stimmen, Klage gegen die Region Hannover einzureichen. Zur Eröffnung der Klage kam es dann aber gar nicht mehr. Das Land hatte zu Beginn des Jahres die Gesetzeslage zur Strabs geändert. Straßensanierungen dürfen jetzt auch über Kredite finanziert werden.

Aufgrund der Gesetzesänderung hat die Region Hannover die Beanstandung des Beschlusses jetzt zurückgezogen. „Damit gilt der Ratsbeschluss von 2020 und die Strabs ist in Pattensen abgeschafft“, sagt der Erste Stadtrat Axel Müller. Die Stadt hat im Gegenzug die Klage gegen die Region Hannover aufgehoben. Die bereits entstandenen Anwaltskosten müssen jedoch gezahlt werden. Kämmerin Heike Hessenkamp schätzt die Kosten auf rund 10.000 Euro.

### **Moratorium soll beendet werden**

Wie geht es jetzt weiter mit den Straßensanierungen in der Stadt? 2018 hatte der Rat einem Zehn-Jahres-Programm zugestimmt, das die Reihenfolge der zu sanierenden Straßen im Stadtgebiet festlegte. Umgesetzt wurde davon jedoch lediglich die Erneuerung der Straße Neuer Weg in Pattensen-Mitte. Da die Frage nach der Zahlung der Anliegerbeiträge so lange offen blieb, wurde im Mai 2021 vom Rat ein Moratorium beschlossen. Seitdem ist keine weitere Straßensanierung in Pattensen geplant worden. Der Erste Stadtrat Müller kündigt an, im Herbst die Aufhebung des Moratoriums beantragen zu wollen.

Zudem will die Stadt jetzt eine erneute Priorisierungsliste für die Straßensanierungen erstellen. Nach dem im Jahr 2018 beschlossenen Programm wäre die Straße Grünes Tal in Schulenburg für die nächste Sanierung dran. Müller vermutet aber, dass es jetzt noch einmal Verschiebungen geben wird. „Ich habe mittlerweile Straßen in Pattensen gesehen, die noch dringender saniert werden müssen. Das Grüne Tal bleibt aber dennoch im Programm“, sagt er.

Offen ist auch noch, wann die Straßensanierungen wieder beginnen. Im Haushalt 2023, den die Stadtverwaltung aktuell plant, will Müller keine Kosten für umfassende Sanierungen anmelden. „Das liegt allerdings eher an aktuell mangelnder personeller Kapazität“, sagt er. So fehlen im Sachbereich Tiefbau unter der Leitung von Jörg Hinrichsen ein Techniker und ein Ingenieur. „Diese Stellen müssen wir erstmal neu besetzen“, sagt Müller.

## **Bürger hatten protestiert**

Mit der Abschaffung der Strabs endet in Pattensen ein langer und discussionsreicher Weg. Im Februar 2021 hatte sogar ein Filmteam des Norddeutschen Rundfunks (NDR) über den Protest von rund 80 Bürgerinnen und Bürgern gegen die Strabs berichtet. Initiiert hatten den Protest der Verband Wohneigentum unter dem Vorsitz von Karl-Heinz Schieweg und die Bürgerinitiative „Straßen saniert, Bürger ruiniert“. Der Protest fand auf dem Hof von Joachim Hermann an der Straße Neuer Weg statt. Hermann hätte nach den Richtlinien der damals noch geltenden Strabs rund 130.000 Euro für die Straßensanierung zahlen müssen.

Auch Bürgermeisterin Ramona Schumann (SPD) stand zu der Zeit sehr in der Kritik der Anlieger. Diese bemängelten unter anderem, dass Schumann trotz mehrfacher Aufforderung nicht persönlich mit den Anliegern der Straße Neuer Weg gesprochen hat. Schumann bedauerte dies anschließend. Sie sagte aber auch, dass es wichtig sei, sie als Mensch und ihre Rolle als Bürgermeisterin zu unterscheiden. Jetzt hat sie zum Ende der Diskussion über die Strabs aber noch eine gute Nachricht für die Anlieger der Straße Neuer Weg. Obwohl die Sanierung vor der offiziellen Absetzung der Strabs begonnen und abgeschlossen wurde, müssen auch die Anlieger dieser Straße schon keine Beiträge mehr dafür zahlen.

## **Kritik gegen die Abschaffung**

Es gab in der Diskussion über die Abschaffung der Strabs auch kritische Stimmen zu hören. So sagte unter anderem Michael Dreves, Ratsherr der Bündnisgrünen, dass es durchaus gerecht sei, wenn Hausbesitzer für die Sanierung der Straßen vor ihren Häusern zahlen, da sie auch den meisten Nutzen davon haben. Jetzt müssen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig ob Hausbesitzer oder Mieter, durch ihre Steuern für die Sanierung jeder Straße im Stadtgebiet zahlen. Auch

Sozialdemokratin Ramona Schumann sieht diesen Aspekt. „Eine Verteilung, bei der alle Seiten zu 100 Prozent zufrieden sind, lässt sich leider nie erreichen“, sagt sie.